



# KODAK GRAY SCALE



<b>C</b>	Red-Filter Negative	Cyan Printer	<b>M</b>	Green-Filter Negative	Magenta Printer	<b>Y</b>	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



## KODAK COLOR CONTROL PATCHES



*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

**L. F. Fredersdorff**

**Ob die Usucapion unter freyen Völkern statt finde?**

**1785**



UB Braunschweig

84



2300-148-4





# Versuch einer Untersuchung

über die Frage:

Ob

die Usucapion unter freyen  
Völkern statt finde?

Bibliothek  
der Verlagsbuchhandlung  
FRIEDR. VIEWEG & SOHN  
von Braunschweig

Leopold Friedrich Fredericksdorff,

Fürstlich Braunschw. Lüneburg. Justiz, Rath  
und Polizey, Director.

---

Braunschweig,  
in der Fürstl. Waisenhaus-Buchhandlung, 1785.

1773

1773

1773

1773

1773

1773

1773



1773

Seiner Excellence

dem

Königl. Preussischen wirklichen Herrn  
Geheimen Staats- und Cabinets-  
Minister

Freyherra von Herzberg

unterthänig.

arbeitung zuzueignen ich mir die Er-  
laubniß nehme. Nicht selten pflegen  
Zueignungsschriften diese oder jene  
Nebenabsichten zu haben. Dies  
ses ist nicht mein Fall. Denn ich  
habe keine andere Absicht dabey, als  
Euer Frenherrl. Excellence  
diese Arbeit, die einem Geschäftsmanne  
von so ausgebreiteten wichtigen Ge-  
schäften leicht entgehen könnte, vor  
Augen

Augen zu legen, um sie dem competentesten Richter zu übergeben. Denn wer könnte wol eine solche Materie und deren Ausführung richtiger beurtheilen, als ein Staatsmann, dessen Urtheil in Streitigkeiten, die Staaten gegen Staaten haben, entscheidend ist — Zugleich ergreife ich aber auch diese Gelegenheit, Euer Freyherrlichen Excellence die unbegranzte schul-

dige



dige Ehrfurcht öffentlich zu bezeugen,  
mit welcher ich nie aufhören kann  
zu seyn

Hochgebohrner Frenherr,  
Gnädiger Herr Staats- und Ca-  
binets-Minister,  
Euer Frenherrl. Excellence

Braunschweig,  
den 1sten Aug. 1785.

unterthäniger Diener,  
L. F. Fredersdorff.



## Vorbericht.

---

Gegenwärtige wenige Bogen haben keine andere Veranlassung, als das Nachdenken über diese Materie, gehabt. Es ist zwar andern, daß sie zu der Zeit ausgearbeitet worden sind, da diese Materie durch Thatsachen in Erinnerung gebracht wurde. Demohnerachtet aber sind diese Gedanken nicht in der Absicht niedergeschrieben, um

Vortheile

---

 §. 3.

Es scheint wohl, daß bey dem Streite über diese Frage die Grundsätze des Natur-Rechts von den Verordnungen des bürgerlichen Rechts nicht vorsichtig genug abgesondert sind, und dadurch manche Verwirrungen sich unvermerkt eingeschlichen haben. Ohne Zweifel ist nicht selten daraus Irrthum entstanden, daß man die Mittel, welche die bürgerlichen Gesetze zu Erhaltung eines dem Gemeinenwesen heilsamen, in dem Natur-Rechte gegründeten Zwecks bestimmt und festgesetzt haben, für die Verordnung des Natur-Rechts selbst genommen hat. Daher ist das natürliche Lehnrecht eines **Treuers** und **Engelbrechts**, das Soldaten-Recht des **Leztern**, die Verhandlung des natürlichen Rechts des Processes von **Eisenhart** und mehreres dieser Art entstanden.

## §. 4.

Das Natur-Recht giebt uns allgemeine Vorschriften, die in einem innern Gefühl des Menschen von Recht und Billigkeit ihren einzis

einzigem Grund haben. Der richtigste Maaßstab davon ist dieser, daß ein jeder wohl prüfe, ob er dasjenige, was er andern thut, recht gern und willig von andern leiden wollte. Diese allgemeinen Vorschriften sind nicht anders als Zwecke anzusehen, die durch die besten Mittel erhalten werden müssen. Diese Mittel zu bestimmen, ist die Sache des Gesetzgebers des bürgerlichen oder gesellschaftlichen Rechts. Nimmer aber kann ein solches Mittel zu Erhaltung eines durch das Natur-Recht vorgeschriebenen Zwecks, ein Grundsatz des Natur-Rechts selbst heißen. Am wenigsten, wenn es nicht ein einziges Mittel ist.

### §. 5.

Um also diese Frage gründlich entscheiden zu können, ist es nöthig, die einfachen Grundsätze des Natur-Rechts von den gesetzlichen Verordnungen des bürgerlichen Rechts genau abzusondern. Denn wenn diese schon jenen nicht zuwider sind; so folgt es dennoch nicht, daß ein Satz, der dem

U 2

Natur



Naturrechte nicht entgegen läuft, deshalb eine Verordnung des Naturrechts selbst sey. Dieses ist unveränderlich, und mit dem Menschen selbst geboren, jene aber können abgeändert, eingeschränkt, ausgedehnet, ja gar aufgehoben werden.

### §. 6.

Die Usucapion ist eine Erlangung des wahren Eigenthums, oder eines gegründeten Rechts, die aus der vermutheten Verlassung dessen, dem das eine oder das andere zugestanden hat, entsteht, damit das Eigenthum, welches der Ruhe wegen unter den Gliedern der großen menschlichen Gesellschaft eingeführt ist, samt denen diesen zustehenden Rechten gewiß gemacht, also durch dieses Mittel die Besitzer, welche ihren Besitz für rechtmäßig halten, (*possessores bonae fidei*) sicher gestellt werden, und nicht ohne Unterlaß Streit über das Recht ihres Besitzes zu fürchten haben.

## §. 7.

Die vermuthete Verlassung des Eigenthums oder eines Rechts ist also der Grund dieser erwerbenden Usucapion. Und diese Vermuthung der Verlassung entstehet 1. aus dem verabsäumten Gebrauche des Eigenthums, oder der Ausübung des Rechts. Zum Beispiel: Wenn jemand einen Acker unbestellt liegen läßt, und also keine Früchte davon zieht; so wird vermuthet, daß er die Absicht habe, den Acker zu verlassen, das ist, seinem Eigenthume zu entsagen. 2. Entsteht solche aus dem geduldeten Gebrauche, den sich ein anderer Nicht-Eigenthümer der Sache oder des Rechts anmaasset, woraus geschlossen wird, daß der vorige Eigenthümer einwillige, daß jener andere sich als Eigenthümer betrage; und dieses wird für eine stillschweigende Abdankung und Verlassung des Eigenthums gehalten.



## §. 8.

Wenn man diesen Schluß genauer erwägt; so stehet ihm manches entgegen, weshalb er nicht nach einer richtigen Schlußfolge folgen kann. Denn der Vordersatz desselben ist nicht unwidersprechlich gewiß, noch weniger aber kann er als ein Grundsatz des Natur-Rechts gelten.

## §. 9.

Alle moralische Handlungen der Menschen, wohin auch die Unterlassungen alsdann gehören, wenn Jemand handeln sollte und nicht handelt, sind Mittel zu gewissen und zwar erlaubten Zwecken. Denn eine Handlung ohne Zweck ist Thorheit. Wenn also Jemand den Zweck seiner Handlung nicht ausdrücklich erkläret; so muß derselbe aus dem Mittel, welches zu seiner Erlangung angewandt wird, das ist, aus der Handlung selbst und ihren besondern Umständen geschlossen und vermuthet werden. Dieses ist also ein richtiger Grund des vermutheten Willens

Willens, oder der vermutheten stillschweigenden Einwilligung in einem besondern Falle.

§. 10.

Der vermuthete Wille und die stillschweigende Einwilligung (worauf das ganze Gebäude dieser Usucapion beruhet) können auf keine andere Weise ganz unbezweifelt seyn, als wenn sie aus einer solchen Handlung, oder Unterlassung hergenommen werden, deren Zweck durch eine in der gesunden Vernunft gegründete Schlußfolge aus demjenigen, was alle Menschen mit Ueberlegung und Vernunft zu thun pflegen, richtig gefolgert werden kann. Kein anderer, als ein solcher Zweck darf und muß vermuthet werden, obgleich derjenige, der so handelt oder unterläßt, bey eintretenden besondern Umständen einen andern Zweck haben konnte. Dieser würde alsdann zu den Ausnahmen gehören. Je weniger Zwecke also eine gewisse Handlung haben kann, je mehr wird die Vermuthung derselben beschränkt, und

blos die, die Handlung oder Unterlassung begleitende besondere Umstände müssen der Vermuthung der Absicht und des besonders vorgesezten Zwecks bey derselben die Entscheidung geben. Dieses ist freylich bey Handlungen weniger schwürig, als bey Unterlassungen. Allezeit bleibt es aber ausgemacht, daß, so lange ein vernünftig Handeln der mehr als einen Zweck haben kann, nicht gerade zu dieser oder jener, mit Ausschließung eines andern auch wahrscheinlichen oder doch möglichen, vermuthet werden müsse. Vielmehr muß in einem solchen Falle derjenige, der nach allen Umständen den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit hat, das ist; der moralisch gewiß ist, für den vorgesezten gehalten werden. Niemals aber darf und muß man denjenigen Zweck, der dem Handelnden oder Unterlassenden zum Nachtheile gereicht, für dessen Absicht halten. Blos alsdann findet dieses seine Ausnahme, wenn nur ein einziger Zweck möglich ist.

## §. II.

Wenn man nun mit diesen Grundsätzen den oben angeführten Schluß, auf den sich der Grundsatz von der vermutheten Verlassung eines Eigenthums oder Rechts gründet, vergleicht; so siehet man leicht, daß er mit einer richtigen Ableitung der Vermuthungen nicht übereinstimme. Denn erstlich fehlet darin die Richtigkeit des ersten Vordersatzes, wenn man erweget, daß in Ansehung des ersten Gliedes desselben der Zweck der Unterlassung in dem angeführten Beispiele, nemlich die Unterlassung der Bebauung des Ackers, nicht nothwendig und unwidersprechlich die Verlassung des ganzen Eigenthums desselben seyn mußte. Denn wenn dieser Satz unumstößlich und ganz ungezweifelt seyn sollte; so wäre es nothwendig, daß keine andere Ursach der Unterlassung der Cultur oder des Nicht-Gebrauchs vorhanden, oder wenigstens die angeführte die wahrscheinlichste von allen seyn müßte. Wer getrauet sich aber wol, dieses zu behaupten —



Denn viele Gründe, die Zeitumstände und Klugheit geben, können den Eigenthümer von dem Gebrauche des Eigenthums oder Rechts so lange abhalten, bis sie aufhören zu seyn. Als in dem angeführten Beyspiele, der sehr mäßige Ertrag des Ackers bey wohlfeilen Getraidepreisen, Entlegenheit desselben, Mangel an Dünger und andere mehrere. Einen gleichen Fehler als das erste Glied des Vordersatzes, hat auch das Zweyte. Denn es ist ein Trugschluß, wenn man sagt: daß es nothwendig wahr seyn müsse, daß derjenige, welcher es geschehen läßt, daß ein anderer seinen Acker baue und erndte, seinem Eigenthum völlig entsagen wolle. Kann denn Jemand nicht aus der Ursache dieses leiden, weil er nicht rathsam findet, den Acker jezo zu bauen, also einem dritten einen Gewinn gönnet, den er aus andern Ursachen jezo nicht haben will — Und stimmt diese Vermuthung nicht mit der Gefälligkeit (honestate) überein, daß man einem andern etwas gönnet, was man jezt nicht genieffen  
oder

oder nutzen will — Mit was für Grunde könnte man diese gefällige Gestattung wohl für eine gänzliche Entfagung des Eigenthums halten — Es würde dieses nichts anders als eine vermuthete Schenkung seyn, die doch aber nie statt finden kann, wenn sie nicht durch solche Umstände begleitet wird, die den Willen des Schenkenden selbst ausser allen Zweifel setzen. Diese angeführte Vermuthung der Absicht des sein Eigenthum eine Zeitlang nicht nutzenden Eigenthümers ist nur eine von den mehrern, die alle wahrcheinlicher seyn können, als die Vermuthung der völligen Entfagung des Eigenthums.

§. 12.

Zweytens hat jene Vermuthung der völligen Entfagung des Eigenthums und des Rechts, welche durch diese Schlüsse gefolgert wird, den großen Fehler, daß aus der Zahl mehrerer möglichen die nachtheiligste, als die ohngezweifelte, angenommen ist. Denn es bedarf keines Beweises, daß es der natürlichen Billigkeit gänzlich zuwider sey, wenn  
man



man die Handlung eines Menschen so auslegt, daß er durch seine Handlung oder Unterlassung etwas zu seinem Nachtheile habe wirken wollen. Was könnte nun aber wohl nachtheiliger seyn, als die gänzliche Entsagung des Eigenthums, oder des Rechts, welche einen ewigen Verlust aller Wirkungen desselben für den Eigenthümer und seine Erben nach sich zieht — Und der Verlust für den Eigenthümer und seine Erben ist desto härter, da es ganz gewiß ist, daß der wahre Eigenthümer durch dieses oder jenes Schicksal, auch durch den längsten Zeitraum (*longissimum tempus*), in einer unverschuldeten Unwissenheit seyn könne, daß die von einem dritten besessene Sache sein Eigenthum sey. Dieses hat schon der berühmte Puffendorf in seinem *Jure Nat. et Gent. Libr. IV. Cap. XII. §. 8.* angemerkt. Demohnerachtet aber soll, ohne diesen entscheidenden Umstand zu erwägen, gegen den wahren Eigenthümer, wenn er erfähret, daß die Sache ihm gehöre, jene vorausgesetzte,

man

man kann mit Recht sagen, erdichtete Vermuthung, die Wirkung haben, daß er seines Eigenthums oder Rechts verlustig erklärt wird. Wirklich die Vermuthung der Verlassung und Entsagung des Eigenthums oder Rechts, vereinigt mit der Vermuthung, daß er gewußt habe, daß die Sache ihm gehöre, oder das Recht ihm zustehe, hat eine doppelte Unbilligkeit in sich. Diese Vermuthung ist desto regelloser, je härter ihre Wirkung ist. Denn angenommen, daß es aus einer tadelnswerthen und ahndungswürdigen Nachlässigkeit herrühre, wenn der Eigenthümer sein Eigenthum ungenutzt liegen läßt, würde dennoch nichts desto weniger die Strafe des ganzen Verlusts desselben nicht zu hart seyn? — Nach dem Grade seiner Schuld würde es genug seyn, wenn der Nachlässige die Nutzung von der Zeit verlieret, da er sie unachtsamer oder auch liederlicher Weise verschleudert hat. Er büßet dadurch die Schuld seiner Nachlässigkeit. Man siehet offenbar, daß die Bestimmungen des bürgerlichen

Rechts

Rechts zu diesen Schlüssen Unlaß gegeben haben. Die von demselben zur Erlangung der Gewißheit des Eigenthums bestimmten Mittel hat man für Grundsätze des Naturrechts gehalten, weil der Zweck derselben demselben gemäß ist. Die Verjährung gehöret ohnstreitig wol mit zu den außerordentlichen Mitteln, wodurch man den einzelnen Gliedern des Staats hat Nutzen schaffen wollen.

### §. 13.

Drittens ist diese Vermuthung der Verlassung und gänzlichen Entsagung wirklich der Natur und den eigenthümlichen Begierden des Menschen zuwider. Denn einem jeden Menschen ist ein solcher Trieb, sich glücklicher zu machen, und eine solche Begierde nach den Mitteln zu dieser höhern Glückseligkeit zu gelangen, angeboren, daß man nimmermehr voraussetzen kann, daß er dieselbe verlassen und auf diese Weise sein Vermögen schwächen wolle. Denn daraus, daß Jemand eine vermuthlicher Weise verlassene Sache sich

anmaas

annuaßet, erhellet doch, daß sie von einigem  
 Werth seyn müsse. Wenigstens müßte eine  
 Sache, welche dem bisherigen Eigenthümer  
 nichts nützte, dem andern aber, der sich die-  
 selbe annaßte, nutzbar wäre, unter die  
 seltenen gehören, und also könnte nach die-  
 sem seltenen Falle wol keine Regel festgesetzt  
 werden. Es ist auch in der Materie der  
 Usucapion von einem solchen ganz besondern  
 Falle die Rede nicht. Da aber die Nutzbar-  
 keit einer Sache ein richtiger Beweis des  
 Werths derselben ist, so kann man auch  
 sicher annehmen, daß ein Eigenthümer die-  
 selbe, wenn er sie nicht mehr zu behalten gut  
 findet, auf eine einträgliche Art, als Kauf  
 oder Tausch veräußern könne, und eher zum  
 voraus zu setzen, daß er dieses thun, als  
 dieselbe zu seinem Schaden ganz verlassen  
 werde. Der Regel und dem angeborenen  
 Triebe nach stößt Niemand eine nutzbare  
 Sache von sich, und eine jede andere Ursache,  
 durch welche Jemand um dieselbe gekommen  
 seyn kann, ist eher zu vermuthen, als eine  
 Verschleus



verschleudernde Verlassung derselben, eine vorseßliche Entäußerung eines Nutzens.

§. 14.

Demjenigen, was in dem vorigen §. gesagt worden ist, steht nicht entgegen, wenn man sagen will, daß gegen die Vermuthung, daß ein jeder das Seinige erhalten wolle, eine andere wichtiger sey, welche nicht glauben läßt, daß Jemand sich über dasjenige, was er absichtlich will, in langer Zeit nicht auf eine zweckmäßige und seinem Willen angemessene Art äußern sollte. Denn es ist nicht abzusehen, wie diese Vermuthung, welche sich nur darauf stühet, was dieser oder jener glaubt, bündiger seyn sollte, als diejenige, welche mit der Natur aller Menschen übereinstimmt, um so weniger, da verschiedene Ursachen dergleichen Aeußerungen hindern können, welche letztern doch allezeit eher zu vermuthen sind, als solche Voraussetzungen, die der Natur des Menschen nicht gemäß sind.

§. 15.



## §. 15.

Zu diesem allen kommt noch, daß der Anfang eines jeden Geschäftes in erlaubten und rechtmäßigen Handlungen seinen Ursprung haben müsse, wenn es in der Folge bündig seyn soll. So und nicht anders muß also auch der Anfang eines jeden Besizes beschaffen seyn.

## §. 16.

Der Anfang dieser Usucapion ist die Bemächtigung einer vermuthungsweise verlassenen Sache. Es kann aber keine Bemächtigung einer Sache statt finden, es sey denn, daß sie Niemanden zugehöre. Auf was für Art sie aber auch eine keinem mehr zuständige Sache geworden seyn mag, so muß doch auf alle Weise gewiß und ganz außer Zweifel seyn, daß sie Niemandes Eigenthum mehr ist. So lange also noch einiger Zweifel übrig ist, ob der Eigenthümer eine solche Sache wirklich und aus Vorsatz und keiner andern Ursach ungenutzt liegen lassen,

lassen, als weil er sie gänzlich verlassen wollen; so lange kann sie noch nicht für eine Niemanden zuständige Sache (rem nullius) gehalten werden. Derjenige also, der sich einer solchen Sache bemächtigt, kann nicht mit Beyfall des Natur-Rechts behaupten, daß seine Bemächtigung bündig und gültig sey. Wenn aber der Anfang eines Besizes nicht nach allen Erfordernissen rechtmäßig ist; so kann dieser es auch durch die Continuation nicht werden, er werde es denn durch eine dazu kommende gültige Ursach oder Titul. So lange nun dieses nicht geschehen ist, kann auch der folgende Besizer kein besseres Recht überkommen, als der vorherige hatte. Und hieraus folgt deutlich, daß die Langheit der Zeit dasjenige, was vom Anfange gefehlt hat, niemals ersetzen könne. Man wird vielleicht einwerfen, daß die Wiederholungen der ausgeübten Eigenthums-Rechte eine solche gültige Ursach und Titul geben, weil derjenige, welcher gelitten hat, daß ein anderer wiederholt und viele Jahre lang, eine Sache,

Sache, die jenem zugehörte, als seine eigene behandelt hat, stillschweigends eingewilliget habe, daß dieselbe des andern Eigenthum seyn solle. Man wiederhole aber dagegen dasjenige, was oben S. 11. 12. und 13. gesagt worden ist, und erwäge noch folgendes: Soll aus der Wiederholung der Handlungen diese Vermuthung entstehen, wie viel wiederholte Handlungen sollen denn nöthig seyn, diese Vermuthung zu begründen? — Eine — zwey — drey — oder wie viele sonst — Da diese Bestimmung willkührlich ist, auf diese oder jene Art gemacht werden kann und nach den eintretenden Umständen nothwendig gemacht werden muß; so ist hiez aus gleich ganz klar, daß jene Usucapion, die ganz auf diese Bestimmung gebauet ist, nicht ein Gebot des Natur-Rechts seyn könne. Denn die Gebote desselben sind alle bestimmt und unveränderlich. Hier aber hängt die Entscheidung der Sache einzig und allein von einer willkührlichen Bestimmung der Anzahl der Wiederholungen und des Zeitraums, in welchem

B 2

welchem

welchem sie geschehen sind, ab. Denn das ist nicht zweifelhaft, daß es eine Verlassung des Eigenthums, oder eines Rechts geben könne. Soll sie aber **vermuthet** werden; so entstehet die Frage: Wie viel wiederholte Ausübungen des Eigenthums-Rechts sind von Seiten dessen, der sich einer fremden Sache angemaasset hat, nöthig, daß sie für ganz verlassen geachtet werden könne — Da dieses bey der Sache wesentlich ist, das Natur-Recht aber dergleichen nicht bestimmen kann (womit wohl ein jeder einstimmig ist); so schließet man mit Grunde daraus, daß diese aus der vermutheten Verlassung des Eigenthums hergeleitete Usucapion nicht in dem Natur-Rechte ihren Grund habe. Denn sollte dieses seyn; so müßte das Gebot des Natur-Rechts also lauten: Wenn Titius des Caji Acker so lange Zeit gebauet und geerntet hat; so soll dafür gehalten werden, daß dieser den Acker verlassen habe. Weiter unten §. 22. wird auch noch mehreres hierüber gesagt werden.



## §. 17.

Es behaupten zwar einige Lehrer des Natur = Rechts, daß, gleichwie nach dem Natur = Rechte alles Eigenthum von dem natürlichen und körperlichen Besitze seinen Anfang nähme, solches auch aufhöre, so bald der natürliche Besitz aufhöre. Soll dieses von dem Falle zu verstehen seyn, wenn Menschen abgesondert, jeder für sich, leben, und einer bald dieses, bald jenes Stück in Nutzen nimmt, mithin ein temporelles Eigenthum hat; so mag es wahr seyn. Dennoch aber wird der Stärkere, der die Absicht nicht gehabt hat, den fernern Nutzungen zu entsagen, sich derselben wieder zu bemächtigen suchen. Denkt man sich aber eine Gesellschaft Menschen, die das Eigenthum unter einander getheilt und gewiß gemacht haben; so fällt eine solche Art, es sogleich wieder zu verlieren, wohl weg. Sie streitet, wie oben angeführt ist, mit dem natürlichen Triebe des Menschen, fürnehmlich, wenn das Eigenthum ein cultivirtes ist.



## §. 18.

Hätten aber auch obige Vermuthungen gar keinen Zweifel gegen sich, was sollte denn nun wohl daraus folgen — Nichts anders, als daß sie so lange gültig seyn könnten, bis sie durch eine ausdrückliche Erklärung entkräftet wurden. Denn Vermuthung und Wahrscheinlichkeit können die Wahrheit nicht verdrängen. Vielmehr würde es ganz gegen die natürliche Billigkeit seyn, wenn eine Vermuthung, und noch dazu eine nachtheilige Vermuthung, die ihren Ursprung aus Unterlassungen hat, der Wahrheit weichen sollte. Folglich wenn Jemand durch diese oder jene Handlung oder Unterlassung zu der Vermuthung Anlaß gegeben hätte, daß er sein Eigenthum verlassen wolle, er erklärte nachhero aber durch Worte und Handlungen, daß diese Verlassung keinesweges seine Absicht gewesen sey, mit was für Rechte ließe sich demselben wohl antworten: die Sache ist zwar dein Eigenthum gewesen, aber du hast durch dein Thun oder Lassen

Lassen Anlaß gegeben, zu vermuthen, daß  
 du dem Eigenthume derselben entsagen wol-  
 lest, und also hat durch diese Vermuthung  
 deiner nunmehrigen ausdrücklichen Erklärung  
 ohnerachtet, dein Eigenthum aufgehört,  
 dein Eigenthum zu seyn. Aus welchem  
 Grundsätze des Natur = Rechts könnte eine  
 solche Entscheidung wohl hergenommen oder  
 gerechtfertigt werden -- Es ist zwar eine be-  
 kannte Sache, daß in unsern Gerichten das  
 Eigenthum gar nicht in Frage kommen könne,  
 wenn jemand eine den Gesetzen nach usucapirte  
 Sache zurückfordern will, da die Einwen-  
 dung der Verjährung dem gegenwärtigen  
 Besitzer das Eigenthum gewähret, und über  
 das ältere Eigenthum gar nicht einmahl ein  
 Streit entstehen kann, indem jene Einwen-  
 dung die Kraft hat, sogar den Anfang eines  
 Rechts = Streits zu hindern. Allein dieses  
 ist eine Verordnung des bürgerlichen Rechts,  
 von der die Rede nicht ist, sondern nur von  
 der Frage: ob es dem Natur = Rechte und  
 der natürlichen Billigkeit gemäß sey, daß

derjenige Eigenthümer, welcher während eines gewissen Zeitraums, er sey kurz oder lang, die Rechte seines Eigenthums nicht ausgeübt hat, durch gesetzliche Beweisthümer aber darthun kann, daß die Sache ihm gehöre, aus jener, aus seiner Handlung oder Unterlassung, hergenommenen Vermuthung, daß er sein Eigenthum habe verlassen wollen, zurückgewiesen werde — diese ist es die aus Gründen verneinet wird. Man kann zugestehen, daß jener viele Jahre durch gedauerte Besiz für den Besizer streite, und die Rechtmäßigkeit seines Besizes vermuthen lasse. Demohnerachtet aber wird diese Vermuthung so fort verdrängt und weggeräumt, so bald ein anderer klar beweisen kann, daß diese von dem Besizer besessene Sache sein Eigenthum sey. Der letzte Besizer kann sich auch um so weniger beschweren, wenn er die Sache räumen und dem wahren Eigenthümer wiedergeben muß, da es in der gesunden Vernunft und natürlichen Billigkeit gegründet ist, daß Niemand sich mit einem andern

andern Schaden bereichern müsse, und der Herausgeber der Sache nach eben diesem Grundsätze die Schadloshaltung in Betracht alles dessen, was er durch die Sache, die der wahre Eigenthümer zurückfordert, verliert, von seinem Vorgänger wiederfordern kann. Von demjenigen, was wegen der Schwierigkeit in Betracht des Beweises und dem daraus für den Besizer zu fürchtenden Nachtheile, etwa eingewandt werden könnte, soll unten §. 26. und 30. No. 3. gesagt werden.

### §. 19.

Aus allen diesem erhellet nun wohl deutlich genug, daß die Verlassung und Entsagung des Eigenthums aus dem §. 7. angezeigten Vordersatz einer gefunden und richtigen Schlussfolge nicht gefolgert werden können. Es ist also noch übrig zu untersuchen und nachzuforschen, ob sie dem ersten Grundsätze des Natur-Rechts gemäß sey, und daraus hergeleitet werden könne.



## §. 20.

Es ist viel darüber gestritten, welches eigentlich der erste wahre Grundsatz (principium) des Natur-Rechts sey. Bey den vielen verschiedenen Meynungen aber ist doch so viel außer allen Zweifel, daß die Handlungen der Menschen, die eine Beziehung auf andere Mitmenschen haben, so geleitet und eingerichtet werden müssen, daß eines jeden Glückseligkeit, so weit der Handelnde etwas dazu beitragen kann, und es von ihm abhängt, befördert werde. Die glücklichen und wohlthätigen Folgen davon kehren auf jeden Menschen wieder zurück und machen das Glück eines jeden. Dieses entspricht auch der gesunden Vernunft, der Gemeinschaft und Geselligkeit unter den Menschen, welche ohne allen Widerspruch die Absicht des Schöpfers selbst ist, der Macht und dem Maaße der Kräfte des Menschen, man nehme, welchen Gesichtspunkt man will. Wahrhaftig, der Mensch ohne Mitmenschen würde das bedaurungswürdigste Geschöpf seyn.



seyn. Denn die individuellen Kräfte eines jeden reichen nicht zu, sich den höchsten Grad der möglichen Glückseligkeit zu verschaffen, und deshalb bedarf ein jeder fremder Hülfe, und andere Menschen bedürfen der seinigen, weil in gewisser Hinsicht ein jeder mehr Kräfte hat, als ihm nöthig sind. Würde nun also das Uebermaaß der individuellen Kräfte nicht zu dem Zwecke gebraucht, daß einer des andern Glückseligkeit nach dem Maaße derselben beförderte; so würde ein Mensch dem andern ein Hinderniß seyn, und das ganze Band der Geselligkeit würde gänzlich zerreißen, und sie selbst vernichtet werden. Und was wäre alsdann der Mensch — Man kann dreist behaupten, daß es wider die Natur desselben ist, allein, nicht mit andern zu leben.

#### §. 21.

Der beste Probirstein, ob eine auf einen andern Einfluß habende Handlung der natürlichen Billigkeit gemäß sey, oder nicht, wird immer der seyn, wenn der Handelnde prüft,

prüft, ob er zufrieden seyn würde, daß in gleichem Falle und bey eben den Umständen eben so gegen ihn gehandelt, eben so gegen ihn verfahren werde — ja ob er sogar wünsche, daß dieses geschehen möge. Fühlt er dieses; so kann er glauben, daß die Handlung dem Grundsätze des Natur-Rechts, in so fern es die gesellschaftlichen Pflichten bestimmt, ganz angemessen, und also gerecht, billig und dem richtig geordneten Naturtriebe gemäß sey. Denn alles dasjenige, was der Mensch in Betracht der Pflichten gegen andere, nach diesem geprüften Natur-Triebe billig und gerecht findet, das fließt gewiß aus dem Natur-Rechte: Und so bald wir diese so eben zum Grunde und Probir-stein angenommenen Bestimmung verwerfen wollen, entsteht der Krieg Aller gegen Alle, der wohl ein Zustand der größten Unglücks-seligkeit werden, auf keine Weise aber nur einiges Glück unter den Menschen bewirken kann.

## §. 22.

Wenn man nun jene aus der stillschweigenden Einwilligung hergeleitete Verlassung des Eigenthums mit denen in den vorigen Sphen vorgetragenen ohnstreitigen Sätzen vergleicht, und sie darnach genau prüft; so fällt es in die Augen, daß sie auf keine Weise damit übereinstimme. Denn wo ist wohl der, welcher es recht und billig finden würde, daß man ihm aus einer Vermuthung, nach welcher man ihm etwas benimmt, was er niemahls zum Zweck gehabt hat, seines Eigenthums verlustig erkläre — Gewiß nirgends — Wenn also Jemand etwas wider einen andern vornehmen will, welches er gegen sich selbst nicht geschehen lassen wollte; so kann man geradezu behaupten, daß ein solcher dem Naturrechte schlechterdings entgegen handle. Hieraus ergiebt sich also sonnenklar, daß diese stillschweigende Verlassung, welche der einzige Grund jener Usucapton ist, keinesweges aus dem ersten Grundsatz des Natur-Rechts herfließe.

## §. 23.

## §. 23.

Es schiene also wohl, als wenn aus demjenigen, was bisher gesagt worden ist, gefolgert werden könnte, daß die ganzen Verordnungen des bürgerlichen und geistlichen Rechts von der Usucapion und Verjährung (Præscription) dem Natur-Rechte entgegen und also unbillig wären — Es mag seyn. Was würde weiter daraus entstehen — Siebt es nicht mehrere Verordnungen und Bestimmungen, jener eben genannten Rechte, welche der Billigkeit nicht entsprechen —

## §. 24.

Gesetze sind Mittel, die moralischen Handlungen der Menschen so zu leiten, wie es der Nutzen des ganzen Gemeinewesens, und die Nothwendigkeit seiner Zwecke erfordert. Der Hauptzweck des Gemeinewesens ist die Glückseligkeit aller und jeder, welche so mannigfaltige Relationen hat, daß sie fast unzählig sind, zu deren Richtung die Gesetze die Mittel bestimmen müssen. Ist das Mittel nur ein einziges und der Zweck nothwendig;



wendig; so findet keine Wahl statt; sind aber mehrere und verschiedene Mittel zu Erhaltung eines und eben desselben Zwecks vorhanden; so findet sich schon mehrere Schwierigkeit das beste von allen zu bestimmen.

§. 25.

Ohnstreitig gereicht es zum Besten aller und jeder, daß das Eigenthum eines jeden gewiß ist, damit die Besitzer, die in einem rechtmäßigen Besitze zu seyn glauben, sicher gestellt werden. Denn eine solche Ungewißheit und die daraus entstehende lästige Streitigkeiten sind der bürgerlichen Gesellschaft zum Schaden und zerrütten sie, und nur eine ruhige Gemeinschaft derselben und wechselseitige Hülfe kann ihr Wohl befördern. Dieses ist schlechterdings nothwendig.

§. 26.

Will man also nachforschen, ob die bürgerlichen Gesetze, welche die Usucapion und die daraus entstehende Verjährung gebieten und billigen, gerecht und billig sind; so



so kommt alles darauf an, ob jenes Mittel der vermutheten stillschweigenden Verlassung, da es nicht das einzige ist, das beste sey —

§. 27.

Wer dieses zu bejahren unternimmt, der muß alle Mittel, wodurch dieser vorgesezte Zweck erhalten werden kann, mit einander vergleichen, und so zu sagen genau abwägen, damit er aus triftigen Gründen zeigen könnte, daß das benannte allen übrigen den Vorzug nehme, daß es das beste sey. Dieses scheint aber großem Zweifel unterworfen zu seyn.

§. 28.

Ob es gleich wahr ist, daß oft harte Mittel zu Erhaltung eines dem Gemeinwesen nothwendigen Zwecks gewählt werden müssen; so ist es doch eben so wahr, daß das Mittel nie so hart seyn müsse, daß das daraus entstehende Uebel größer wird, als dasjenige ist, welches dadurch abgewendet werden soll. Der Zweck der Usucapion ist  
kein

kein anderer, als daß die Streitigkeiten über Eigenthum und Recht, die nicht selten ohnauflöslich verwirrt sind, vermieden werden sollen. Es ist wahr, daß ein solcher Rechtsstreit, welcher den Anfang eines alten Besitzes anfechtet, sehr schwürig und mit großen Kosten verknüpft seyn könne. Aber, wird demjenigen, welcher eine Sache, die oft von großem Werth ist, durch die Usucapion eines andern verliethret, nicht ein größerer Nachtheil zugefügt, wenn ihm die ganze Sache durch das Gesetz, welches ihn gegen den Verlust ansehnlicher Kosten sichern will, genommen wird —

### §. 29.

Zwey Fälle sind nur möglich, wenn Jemand eine Sache, welche ein anderer wirklich besizet, zurückfordern will. Entweder, welcher sie zurückfordert, kann klar beweisen, daß die Sache die seinige sey. Und warum sollte sie ihm denn nicht wiedergegeben werden — Oder er kann es nicht beweisen. Warum wollte man ihn nicht wenigstens

stens hören, ob er es kann — Denn in der That, durch jene Einrede der Verjährung, welche ihre Kraft durch die bürgerlichen Gesetze hat, wird nichts anders gesagt, als: du forderst die Sache, die ich jezo besitze, als die deinige zurück. Es kann aber gar nicht einmahl die Frage entstehen, ob die Sache die deinige sey, oder nicht, ich habe sie während eines so und so langen Zeitraums besessen, und also ist sie die meinige, wenn du auch schon beweisen könntest, daß sie dir gehöre. Ist das nicht sehr hart — Es ist wirklich, wenn das Recht des Zurückfordernden klar ist, ungerecht.

S. 30.

Man könnte vielleicht einwenden, daß es eben so hart sey, daß ein Besizer, der durch eine so lange Reihe Jahre eine Sache besessen hat, von einem jeden in seinem Besitze gestört und beunruhigt werden sollte. Aber was sollte das für eine Störung und Beunruhigung seyn — Der Besizer, von dem Jemand die besessene Sache als die seinige

nige zurückfordern will, bleibt ja in dem Besitze derselben und in dem vollen Genusse des Eigenthums und seiner Rechte, bis der Anspruch machende bündig genug bewiesen hat, daß die Sache ihm gehöre. Denn dieser Beweis, wenn er der Grund einer gerechten Entscheidung werden soll, muß so beschaffen seyn, daß der Fordernde nicht nur beweisen muß, daß er der wahre Eigenthümer sey, sondern auch, wie es die Vermuthung, die für einen alten Besitz streitet, mit sich bringet, daß der Titel des jetzigen Besitzers nicht rechtmäßig sey. Dieses scheint zwar ein verneinender Satz zu seyn, er ist es aber nicht, sondern er ist in der That bejahend. Die Vergleichung des besondern Tituls, den der Besitzer hat, mit den rechtlichen Erfordernissen, die ein solcher Titel haben muß, ergeben dessen Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit gleich.

### §. 31.

Ein dergestalt beschaffener Beweis muß allerdings zugelassen werden, wenn



man der natürlichen Billigkeit nicht zu nahe treten will. Es ist zwar wahr, daß der Besitzer in die Beschwerlichkeiten, die Rechtsstreite mit sich führen, verwickelt werde. Allein wo sollte wohl der Grund der Billigkeit seyn, die da gebieten könnte: damit ein Besitzer einer Sache mit den Beschwerden des Processes verschont bleibe, soll ein anderer, der durch Beweis darzuthun bereit ist, daß die von jenem besessene Sache die seinige sey, nicht damit gehöret werden — Warum sollten denn diese beyde Mitglieder der Gesellschaft nicht gleiche Rechte haben — Das würde freylich äußerst hart seyn, wenn ein Besitzer, der schon geraume Zeit in dem ruhigen Besitze einer Sache ist, den Titul seines Besizes beweisen sollte, so bald dieser oder jener, der eine Zurückforderung versuchte, auf eine oder die andere Weise erwiesen hätte, daß die Sache einsmahls und wol gar vor langer Zeit ihm gehört habe. Denn durch mancherley rechtmäßige Weise und rechtliche Titul kann die Sache an den gegenwärtig

wärtigen Besitzer und seinen Vorgänger gekommen seyn, und da die Vermuthung, daß sie die Sache auf eine unrechtmäßige Weise an sich gebracht hätten, sehr ungerecht seyn würde; so streitet vielmehr der langjährige Besitz derselben für sie. Das wesentliche dieser Sache kommt einzig und allein darauf an: ob die zurückzufordernde Sache dem Zurückfordernden zu der Zeit, da er sie fordert, mit vollem Rechte gehöre, und ob der Beweis, den er über diese Behauptung führet, richtig, bündig und so beschaffen sey, daß er nicht verworfen werden könne.

### §. 32.

Jenen Kizel, Besitzer in ihren langjährigen Besitzungen nur zu beunruhigen, zu vertreiben, sind angemessene Mittel genug vorhanden. Als Beispiele davon mag nur folgendes dienen. 1. darf nur eine darauf zu setzende nicht zu gelinde Strafe nach dem Grade des Muthwillens geschärft werden. 2. Wird es zu Vorbeugung des Mißbrauchs wesentlich seyn, den Beweis und dessen Be-

schaffenheit genau zu bestimmen. 3. Wenn die zu dem Rechts = Streite erforderlichen Kosten, während desselben, dem allein, der die Sache zurückfordert, auferlegt werden, fürnehmlich alsdann, wann er keine wahrscheinlichen Gründe seiner Zurückforderung anzuführen weiß; so wird dem Besitzer eine große Beschwerde abgenommen. Dieses ist so schwärzig nicht, als es manchem scheinen könnte, da es wol ein seltener Fall ist, daß Arme dergleichen schwürige und mithin große Kosten erfordernde Rechtsstreite anfangen sollten. 4. Würde eine verbesserte Verfahrens = Art in unsern Gerichten auch in diesen Sachen dem Misbrauche steuern. Wer sollte wohl diesen Punct nicht vorzüglich wichtig finden — Endlich 5. würde eine genaue und richtige Bestimmung der Arten, ein Eigenthum auf andere zu übertragen; eine deutliche Vorschrift, was für eine Form dabey beobachtet werden solle, welches zu jeziger Zeit in verschiedenen Staaten in Betracht der liegenden Gründe auch schon geschehen ist, nicht wenig

wenig beitragen, die Rechts:Streite über Zurückforderungen zu begränzen und den Trevel dabey zu hemmen. Und was etwa sonst noch nach besonders eintretenden Umständen vorgekehrt werden könnte —

§. 33.

Demohnerachtet aber, wenn man auch allen diesen Gründen ihren Werth läßt, kann es doch mit einem **besondern** bürgerlichen Staate eine andere Bewandniß haben, und die durch Gesetze darin eingeführte Usurpation und die sich auf dieselbe gründende Verjährung nicht ungerecht seyn. Denn wenn mit Einwilligung und Beystimmung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft dieses Mittel zu Erlangung seines Zwecks bestimmt und gebilliget wäre; so kann auch Niemand nach demjenigen, was oben §. 19. gesagt worden ist, sich über Unrecht beklagen. Auf eben die Weise billiget auch in einem Staate, worin weder das Volk, noch der größte Theil desselben, an der gesetzgebenden Macht Theil hat, derjenige, welcher seinen beständigen



Sitz darin nimmt, und darin verbleibet, die Gesetze desselben stillschweigend, oder vielmehr er unterwirft sich denselben. Ueber ein Gesetz, dem sich alle unterwerfen, mag auch ein einziger nicht klagen. Obgleich die Sache in diesem Falle mehr Schwürigkeit hat, und doch immer ein solches Gesetz nicht das beste seyn kann.

S. 34.

Wenn nun aber, nach demjenigen, was in dem vorigen gesagt ist, die Usucapion nicht in dem Natur-Rechte gegründet ist; so folgt auch daraus, daß sie aus diesem Grunde für ein Erwerbungs-Mittel unter freyen Völkern nicht gehalten werden könne, weil diese kein anders als nur das Natur-Recht und diejenigen Mittel, welche sie zu Erhaltung der Zwecke desselben unter einander gebilligt und gewählt haben, verbindlich machen; welches eben das Völkerrecht ist. Denn es ist ein ganz anderes Verhältniß, welches ein Volk gegen das andere hat, als dasjenige ist, in welchem ein einzelnes Glied

der

der bürgerlichen Gesellschaft, die einen Oberherrn hat, gegen ein anderes Mitglied stehet. Und also wird auch nicht ein jedes zu Erhaltung eines Zwecks der bürgerlichen Gesellschaft bestimmtes Mittel (welches nichts anders, als ein gegebenes Gesetz, ist) auf gleiche Weise bey freyen Völkern angewandt werden können. Wenn also auch schon diese Usucapion in diesem und jenem bürgerlichen Staate ein seinem Zwecke sehr angemessenes Mittel seyn sollte; so läßt sich doch deshalb nicht behaupten, daß sie ein eben solches unter freyen Völkern sey, fürnehmlich da es ihnen an einem obersten Befehlshaber fehlet, und also Niemand die Zeit, welche zu einer Usucapion unter freyen Völkern erforderlich ist, bestimmen kann.

§. 35.

Betrachtet man einen bürgerlichen Staat, dessen Regierungsform mag beschaffen seyn, wie sie will, und die höchste Gewalt mag haben, wer da will; so ist doch die Verwaltung desselben, wenigstens die vollziehende

Gewalt, nur den Händen einiger anvertrauet. Diese haben aber niemahls so freye Macht zu handeln, wie es ein Eigenthümer mit seinem vollkommenen Eigenthume thun kann. Es wird ein äußerst seltener Fall seyn, daß die höchste Gewalt in einem Staate nur Einem Einzigen ohne alle Einschränkung gegeben ist, daß er ganz willkührlich nach Gefallen, auch zum Nachtheile des Volks, handeln könnte. Ein Mißbrauch der höchsten Gewalt, das heißt, ein Despotismus, der der Natur des Menschen, und also auch dem Natur-Rechte, gerade zuwider ist, könnte dieses wol seyn, aber nimmermehr die Absicht und der Wille des Volks, der doch billig der übertragende oder doch stillschweigend bewilligte Titul jener höchsten Gewalt seyn muß. Wenigstens muß er der Maassstab seyn, den man annimmt. Denn die höchste Gewalt ist nichts anders, als der Gebrauch der sämtlichen Kräfte eines Staats, um die höchste Glückseligkeit aller und jeder Glieder desselben, und dadurch

dadurch des Ganzen, zu erlangen. Folglich ist alles das, was diesen Zweck nicht befördert, jener Gewalt zuwider, entspricht der Einwilligung aller Glieder desselben nicht, und verbindet also auch den ganzen Staat nicht.

### §. 36.

Es ist freylich wol gewiß, daß eine solche Uebertragung der Gewalt durch die Einwilligung aller Glieder einer Gesellschaft auf **Einen**, historisch betrachtet, eine Erfindung sey. Soll aber die Regierungsform eines Staats gut, gerecht und nicht despotisch seyn; so muß sie wirklich nach diesem Grundsatz geformt seyn. Ein usurpirtes widernatürliches Recht kann nie ein wirkliches Recht werden, und also auch nie eine Obliegenheit wirken. Auch der Eroberer muß und darf nicht anders, als nach obigem Grundsatz, handeln, sonst handelt er ungerecht.

### §. 37.



## §. 37.

Es ist klar, daß unter dieser Usucapion eine wirkliche Veräußerung verborgen liege. Denn die Veränderung des Eigenthums, sie geschehe, auf was Art sie wolle, ist nichts anders, als eine Veräußerung. Und die ganze Vermuthung, welche ein Besizer, der eine Sache einen langen Zeitraum hindurch besessen hat, für sich hat, läuft darauf hinaus, daß er solche nicht auf eine unerlaubte Weise, sondern mittelst eines Tituls, der fähig war, ein Eigenthum zu übertragen, erhalten und er solche also rechtmäßig so lange besessen habe, das heißt: daß die Veräußerung und Veränderung des Eigenthums, durch welche der Besizer jene Sache bekam, auf eine rechtliche Weise geschehen sey. Diese Vermuthung stützt sich fürnehmlich darauf, daß es unbillig seyn würde, von Jemanden zu vermuthen, daß er ein Nichtswürdiger sey, der anderer Eigenthum bößlich an sich bringt, da vielmehr ein jeder für rechtschaffen so lange gehalten werden muß, als nicht

hinläng-

hinlängliche Gründe da sind, das Gegentheil zu glauben.

§. 38.

Obgleich dasjenige, was in dem vorigen §. gesagt ist, sich in der gesunden Vernunft gründet, so kann man doch nicht läugnen, daß diese Vermuthung einer auf rechtliche und bündige Weise geschehenen Veräußerung in desto mehrere Schwierigkeiten verwickelt werde, je mehrere Erfordernisse nothwendig sind, wenn sie bestehen soll. Denn in dem Maaße, in welchem sich diese Erfordernisse mehren, in eben dem Maaße mehren sich auch die Vermuthungen oder Voraussetzungen in Betracht der rechtmäßig geschehenen Veräußerung, welche zusammen genommen jene ganze und hinlängliche Vermuthung eines rechtlichen Besizes ausmachen. Hierauf haben auch die Gesetzgeber des bürgerlichen und canonischen Rechts Rücksicht genommen, da sie die Usucapion verschiedener Sachen schwüriger gemacht haben.

§. 39.

Hieraus erhellet klar, daß eine solche vermuthete mit den nöthigen rechtlichen Erfordernissen versehene Veräußerung unter Völkern weit mehrern Schwierigkeiten unterworfen sey, als unter Privat-Personen, die über das Ihrige freyer und ohneingeschränkter disponiren können. Denn 1. ist die Veräußerung eines Theils des Staats, mit allem seinem Inbegriff, von weit nachtheilignern Folgen, als eine Veräußerung eines Privat-Eigenthums; und also ist 2. eine reiflichere Nachforschung und Untersuchung schlechterdings nothwendig, ob bey einem gewissen eintretenden Falle kein andres Hülfsmittel übrig sey, als eine nachtheilige Veräußerung, welche nie gerecht und rechtsbeständig seyn kann, wenn sie nicht dem Zwecke der höchsten Glückseligkeit entspricht. 3. Ist die Beschaffenheit einer jeden Staats-Verwaltung eine solche, daß, die Staats-Verwalter mögen seyn, welche sie wollen, deren Macht in Veräußerungen, die den

den ganzen Verlust einer Sache zur Folge haben, nicht so frey und uneingeschränkt ist.

S. 40.

Hält man nun also diese stillschweigende Verlassung für den Grund der Usucapion; so siehet man aus dem nur eben angeführten leicht, daß auch dieser unter freyen Völkern sich schwerer anwenden läßt, als unter Privat = Personen. Und zu diesem allen kommt noch, 1) daß eine solche Vernachlässigung, welche von Verwaltern geschieht, um so weniger einen so großen Nachtheil nach sich ziehen könne und müsse, je mehrere Handlungen oder Unterlassungen bey ihnen statt finden können, welche dem ersten Zwecke des Gemeinenwesens zuwider, und folglich unrecht und unerlaubt sind. Denn der Fall ist häufiger, daß ein Verwalter eine fremde ihm anvertraute Sache verabsäumt, als daß der Eigenthums = Herr selbst dieses thun sollte. 2. Würde es sehr hart seyn, daß eine solche Verabsäumung, welche allezeit Mangel an schuldiger Pflicht zum voraus

setzt,



fest, in einer so wichtigen Sache für Jemandes ausdrückliche Absicht gehalten werden sollte, um so mehr, da 3. so viele und wichtige Ursachen vorhanden seyn können, aus welchen ein Stillschweigen beobachtet, und dasjenige, was ein Verwalter des Staats oder derjenige, dem die höchste Gewalt anvertrauet ist, verabsäumt hat, nicht zurückgefordert, und die Wiedererstattung desselben nicht verlangt ist, daß dieses zu thun für den Unterlassenden wirklich zur Unmöglichkeit ward.

§. 41.

Ganz anders verhält es sich mit dem Verluste eines Theils des Staats = Eigenthums oder eines Rechts, welchen ein Volk durch Tractaten leidet. Denjenigen, welchen die höchste Gewalt anvertrauet ist, ist zugleich die Befugniß übertragen, im Namen des Volks Vergleiche und Verträge zu schließen. Diese sind unverleßlich, und sollte ein Volk auch ein wohlgegründetes Eigenthum oder Recht aufgeopfert haben. Sie werden

werden mit Ueberlegung, nach Gründen geschlossen, nach den jedesmaligen Umständen zum Besten des Staats — und sollte auch die Noth hier die Vorschrift machen — geschlossen — Wem leuchtet hier nicht der Unterschied zwischen Ueberlegung und Nachlässigkeit deutlich ein — bey jener sind Motiven, hier fehlen sie ganz. Bey jener kann man mit Grunde die Einwilligung des Volks zum Voraus setzen, bey dieser aber nicht. Und doch hat das Volk, ja ein jedes Individuum desselben, bey dem Verluste eines Theils des Staats = Eigenthums, welcher den Verlust eines verhältnißmäßigen Theils der Einkünfte nach sich zieht, allerdings ein großes Interesse. Dasjenige, was auf diese Art entgeht, muß auf eine andere Art zu den Bedürfnissen ersetzt werden, und dieses trifft das Vermögen des Volks.

#### §. 42.

Man wende nicht ein, daß ein Volk es sich selbst beymessen möge, daß es Nachlässigen die Staatsverwaltung in die Hände  
 D gab.

gab. Von einer zukünftigen Handlung oder Unterlassung läßt sich nicht zum voraus urtheilen. Hätte das Volk gewußt, daß die Verwalter des Staats nachlässig seyn würden; so würde es ihnen solche nicht anvertrauet haben. Zudem sind die Verfassungen der Regierungen nicht alle so beschaffen, daß es von dem Willen des Volks abhängt, die Verweser derselben zu allen Zeiten nach seinem Gefallen abzukanken.

S. 43.

Der Einwand, daß, wenn die Usucapion unter Völkern nicht statt finden sollte, der große Nachtheil daraus folgen werde, daß die Streitigkeiten wegen ganzer Reiche und deren Gränzen unaufhörlich seyn würden, ist von gar keinem Gewichte. Will man dieses annehmen; so würde daraus folgen, daß diese Usucapion das einzige Mittel sey, dergleichen Streitigkeiten zu endigen und abzuschneiden. Haben gleich die Völker keinen Richter, so können sie doch Schiedsrichter bestellen, und nach Gründen, welche  
in

in der streitigen Sache entscheidend sind, ihre Streitigkeiten unter einander beylegen. Denn warum wollte man annehmen, daß Völker nicht nach Billigkeit und entscheidenden vernünftigen Gründen handeln wollten — Es ist zwar richtig, daß freye Völker, da sie in Betracht des Verhältnisses gegen einander in dem natürlichen Zustande leben, vielen Ungemächlichkeiten ausgesetzt sind, unter die auch billig der Mangel eines Richters zu zählen ist. Daraus folgt aber noch nicht, daß sie ohnaufhörlich in Kriege verwickelt werden müssen. Das Mittel, durch Krieg etwas zu erstreiten, ist das äußerste von allen, wenn nemlich ein Volk dem andern ein vollkommenes Recht, das ist, so etwas versaget, was es schlechterdings nach dem Natur-Rechte zu leisten verbunden ist. Mit allem Rechte kann man zwar hieher die Vorenthaltung eines Eigenthums rechnen, welches ein Volk mit Recht und vermittelst bündiger und hinlänglicher Gründe zurückfordert. Das Volk, welches aus gerechten



Gründen zurückfordert, begehet kein Unrecht, sondern nur dasjenige, welches unrechtmäßiger Weise vorenthält, nicht zurückgeben will. Es folgt aber doch deswegen nicht gerade zu, daß dieses Mittel gewählt werden müsse und werde. Wollte man auch die Furcht eines entstehen könnenden Krieges zum Beweggrunde, von einer Forderung abzustehen, annehmen; so würde sehr oft ein Volk seiner gerechten Ansprache entsagen müssen, wenn das andere so unbillig wäre, sie jenem zu versagen. Was würde daraus entstehen -- das ungerechte Volk würde mehr Vortheil haben, als das billige und gerechte.

#### §. 44.

Eben so wenig verdient der Vorwurf in Betracht gezogen zu werden, daß derjenige kein Lob verdiene, welcher mit großem Verlust und mit Vergießung des Bluts eines unschuldigen Volks mehr nicht erstreiten will, als wer von zweyen Prätendenten die Regierung über dieses oder jenes Volk führen solle. Oft ist dieses wegen der vortheilhaf-

ten

ten Einflüsse und des Zusammenhanges zum Wohlstande des fordernden Volks von so großer Wichtigkeit, daß es allerdings werth ist, sein Recht durch Krieg zu erstreiten, obgleich Blut dabey vergossen wird; wiewol es sonst wahr bleibt, daß dieser Einwand in gewissen Fällen allerdings wichtig, ja von entscheidendem Gewichte seyn kann. Als Regel ist er aber nicht anzunehmen und zu beachten. Hier wird auch nichts mehr behauptet, als daß kein Zeitverlauf das wahre Eigenthum und die demselben anklebenden Rechte erlöschen könne, und daß ein Volk, welches überführt wird, daß das Eigenthum einer Sache, die es besizet, wirklich und von Rechts wegen einem andern Volke zugehöre, demselben solche unter dem Vorwande eines langjährigen Besizes (*longissimae possessionis*) dessen Ursprung und erster Grund nicht gerecht war, und also auch durch die Fortdauer nichts anders werden kann, als was er vom Anfange war, nicht vorenthalten müsse und dürfe. Die

Mittel hingegen, welche das zurückfordernde Volk im Falle der Versagung und Vorenthaltung gebrauchen kann und muß, müssen nach der Wichtigkeit des Gegenstandes und nach Zusammentreffung der Umstände gewählt und bestimmt werden. Ob deswegen ein Krieg anzufangen, oder nicht, ob ein anderes Mittel zu wählen, ob ein glücklicher Zeitpunkt, in welchem die Lage eines ungerecht denkenden Volks dasselbe gerecht zu seyn nöthigt, abzuwarten, oder ob die Sache ganz beruhen bleiben solle — alles dieses hängt fürnehmlich von den Kräften des zurückfordernden Volks und andern entscheidenden Umständen ab. Diese sind der Maassstab, nach welchem die Mittel zu beurtheilen sind. Denn es ist nicht immer nothwendig, daß das Mittel, die Zurückforderung geltend zu machen, Blutvergiessen seyn müsse, weil Klugheit und gesunde Politik in Auswählung des Augenblicks, welcher durch Zusammentreffung der besondern Umstände, der bequemste und zweckmäßigste ist, alles in solchen

chen

den Fällen ausmacht. Dieses hat das neueste Beyspiel der Zurückforderung eines der weisesten Könige gelehrt.

§. 45.

Nach demjenigen, was gesagt worden ist, möchte es scheinen, daß gar kein alter und langjähriger Besiß, nicht einmahl der Besiß von undenklichen Jahren dem Besißer Schutz gewähren sollte, welches jedoch sehr unbillig seyn würde. Erwäget man aber die Sache etwas genauer, so siehet man leicht ein, daß ein großer Unterschied zwischen jener erwerbenden Usucapion sammt der ihr anklebenden Verjährung, und dem undenklichen Besitze sey. Denn derjenige, welcher sich der Einrede der Verjährung, die aus der Usucapion entsteht, bedienet, sagt nichts anders, als: ich habe die Sache, welche du zurückforderst, durch einen so und so langen durch die Gesetze bestimmten Zeitraum besessen, also hast du dein Eigenthums-Recht, welches du hattest, verlohren, und deshalb bin ich jetzt der wahre Eigenthümer der



Sache. Derjenige aber, welcher sich auf einen unabdenklichen Besitz gründet, führet einen solchen an, dessen Anfang, Art und Titul, vermittelt dessen die Sache an ihn und seinen Vorgänger gekommen ist, ganz unbekannt, und undenklich ist.

§. 46.

Hieraus erhellet deutlich, daß der erstere, welcher die Einrede der Verjährung vorschützt, behaupte, daß er durch den langen Zeitraum, in welchem er die Sache besessen, ein Recht erworben habe; der andere aber, welcher sich in dem uralten Besitze gründet, nicht behaupte, daß er durch die Langheit der Zeit ein neues Recht sich eigen gemacht habe, sondern daß seine Vorfahren schon von Alters her ein Recht erworben haben; indem diese uralte Zeit die dringendste Vermuthung einer rechtmäßigen Erwerbung giebt, welche so lange gültig bleiben muß, bis der Ursprung oder Anfang der Erwerbung gezeigt, und daraus klar werde, daß der Besitzer des Rechts oder Eigenthums  
solches

solches auf keine rechtmässige Weise erworben habe. Eben dieses behauptet auch Böhmer in l. E. Pr. Libr. II. Tit. XXVI. §. XXXIX. So bald nun aber gezeigt und erwiesen werden kann, daß der Anfang des Besizes nicht rechtmässig sey, so verschwindet auch der unabschließliche Besiz mit allen seinen Wirkungen.

§. 47.

Da die gesunde Vernunft und natürliche Billigkeit diese Grundsätze anerkennen; so ist auch kein Zweifel, daß der unabschließliche Besiz auch unter freyen Völkern gültig seyn muß. Denn warum sollte die Vermuthung, daß derjenige, welcher so lange Zeit ruhig besessen hat, daß auch nicht eine Spur des Andersseyns von der Zeit, da er und seine Vorfahren zu besizen anfangen, mehr übrig ist, die Sache mit Recht besize, nicht auch unter Völkern gültig seyn? —

§. 48.

Diesem allen ohnerachtet aber kann doch die Usucapion als ein Mittel, Streitigkeiten zu vermeiden und Kriege zu verhüten, unter

freyen Völkern angenommen und ihre Art und Beschaffenheit bestimmt werden. Denn so wie in einem jeden freyen Staate bey Ermangelung eines ausdrücklichen Gesetzes, diese oder jene Observanz, welche bey vor kommenden Fällen zur Richtschnur in der Entscheidung dient, beliebt werden kann; eben so kann auch unter freyen Völkern eine Observanz angenommen werden, indem der Bezug eines Volks gegen ein anderes Volk, in Betracht dessen, was sie der gemeinschaftlichen Wohlfahrt wegen durch beyderseitige Einwilligung festsetzen und wechselseitig wollen gelten lassen, eben derselbe ist, den ein Glied einer freyen Republik gegen das andere hat.

§. 49.

So bald also ein Volk in einem Streite mit einem andern Volke einen hundertjährigen Besiz für sich anführet, und aus diesem Grunde eine so lange besessene Sache zurückbehält, so kann eben dieses Volk in dem Falle, da es eine Sache oder ein Recht von einem

einem andern Volke zurückfordert, die Zulanglichkeit eines eben so langen Besizes nicht abstreiten, sondern es muß sie anerkennen.

§. 50.

Ob nun also wol dergleichen zwischen dem einen und andern Volke beobachtet werden kann; so läßt sich doch deshalb wol nicht behaupten, daß eine solche Observanz unter allen Völkern aufgenommen sey, und dieses wäre doch nothwendig, wenn man behaupten wollte, daß dergleichen Usurpation ein Gesetz des allgemeinen Völker-Rechts sey. Der unsterbliche Hugo Grotius, der um die wissenschaftliche Erläuterung des Natur-Rechts so viele Verdienste hat, führet zwar in seinem *Jure belli et pacis* Lib. II. Cap. IV. §. II. verschiedene Beispiele an, nach welchen einige Völker den langjährigen Besiz zur Entkräftung der Ansprüche eines andern etwas zurückfordernden Volks und zu Behauptung ihres untadelhaften Besizes



sißes angeführt haben. Allein ohne der Achtung eines so großen Mannes zu nahe zu treten, kann man sicher behaupten, daß die angeführten Beispiele weiter nichts beweisen, als daß dieses oder jenes Volk auf den langjährigen Besiß sich berufen habe, weil es vielleicht die Gültigkeit seines Besißes aus keinem bessern Titel zu behaupten wußte; nimmermehr aber wird eine allgemeine Observanz aller Völker daraus gefolgert werden können, weil ein Recht der Völker, die keinen Oberherrn erkennen, nur durch die Einwilligung aller derer, die es verbinden soll, eine Kraft bekommt, welches dieser große Lehrer in dem angeführten Buche Lib. I. Cap. I. §. XIV. I. selbst behauptet. Dasjenige Volk also, welches bey Festsetzung eines Mittels, welches nicht ein einziges ist, zu Erhaltung eines gewissen Zwecks, seine Einwilligung nicht gegeben hat, ist auch nicht verbindlich. Daher kommt es denn auch, daß auf einem Theile des Erdbodens etwas ein Recht unter den Völkern seyn kann, welches

welches anderwärts kein Recht ist, wie **Grotius** an der angeführten Stelle selbst sagt.

S. 51.

Daß auch diese Usucapion unter den Völkern als ein Erwerbungsmittel nicht allgemein anerkannt sey, lehret die Geschichte. Denn es ist häufig geschehen, daß ein Volk ein Eigenthum oder Recht von einem andern Volke zurückgenommen, oder doch wenigstens zurückgefordert hat, ohne Rücksicht auf die Zeit zu nehmen, binnen welcher das besitzende Volk besessen oder ein Recht ausgeübt, oder sich demselben entzogen hat. Von vielen Beyspielen will ich nur diese wenigen anführen. Im Jahre 1441. machte **Alphonfus** der Fünfte, König von Arragonien, seine auf das Königreich Neapel überkommene Rechte gegen einen Prinzen aus dem Hause Frankreich durch die Waffen gültig. Diesem ohnerachtet hat **Carl der Achte**, König von Frankreich, 1494. und also ohne einen längern als funfzigjährigen Besiß anzuerkennen, seine Ansprüche darauf

erneuert, solches erobert und wurde 1495. zum Könige ausgerufen. Da es wieder verloren gegangen war, that sein Nachfolger, **Ludewig der Zwölfte**, 1501. ein gleiches. Ferner beweiset die Ansehung der 1680. angeordneten sogenannten Reunions = Cammern gleichfalls, daß man nicht auf den langjährigen Besiß, sondern auf das Recht selbst gesehen habe. Denn sie sollten aus den Archiven die Rechte hervorsuchen, vermöge deren diese oder jene Landschaft, welche vor Zeiten mit der einen oder andern Frankreich nunmehr unterworfenen Provinz vereinigt gewesen war, zurückgefordert werden könnte. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, wie gültig oder ungültig die angeführten Rechte waren, auf die sich die Anforderungen stützten. Es ist genug, daß dieses Beyispiel beweise, daß man auf das Recht selbst, und nicht auf die Langheit des Besißes gesehen habe. Ein Volk, welches aus bloß vorgeblichen und nicht wahren Rechten Ansprüche macht, handelt ungerecht. Deshalb aber ist  
die

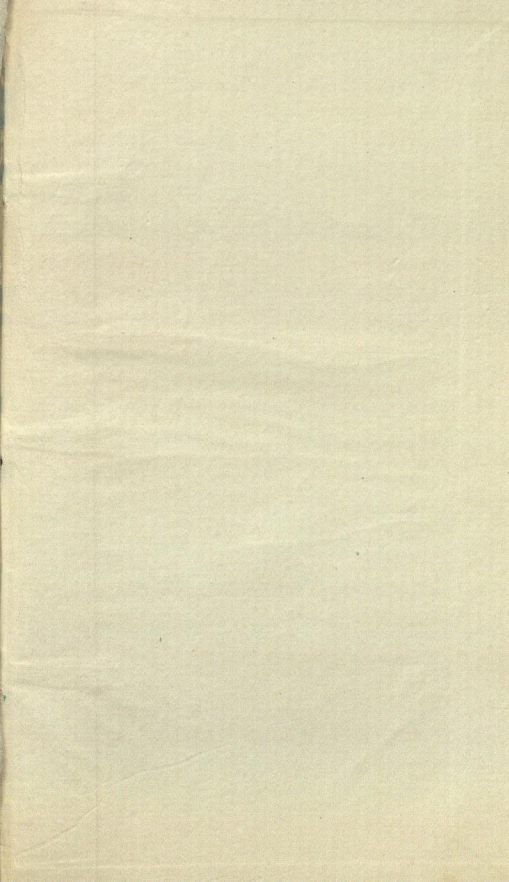
---

die Regel, daß wohlbegründete Rechte, auch wohlbegründete Ansprüche geben, nicht zu verwerfen. Ferner zeigt auch die im Jahre 1718 errichtete sogenannte Quadrupel = Alliance satzsam, daß ein langjähriger Besiß, und eine Entziehung des Rechts nicht sowohl, als das Recht selbst von den Völkern beachtet werde. Denn durch dieses Bündniß sind die Rechte des deutschen Reichs auf Italien, die in einem Zeitraume von zweyhundert Jahren ganz verabsäumet waren, und fürnehmlich die Oberlehnsherrlichkeit über die Italienschen Staaten, deren sich die Herzoge von Parma, Piacenza und Toscana entzogen hatten, erneuert und festgesetzt worden, ohne daß die dawider gerichteten Protestationen gehdret wurden. Endlich sind auch die neuesten Beispiele der Zurückforderung der mächtigsten Fürsten Europens bekannt genug.

---









V







# KODAK GRAY SCALE



<b>C</b>	Red-Filter Negative	Cyan Printer	<b>M</b>	Green-Filter Negative	Magenta Printer	<b>Y</b>	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



# KODAK COLOR CONTROL PATCHES



*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*